

# A1 Der Krise mit Nachhaltigkeit begegnen - Leitlinien für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik für Dresden

Gremium: Stadtvorstand

Beschlussdatum: 08.06.2020

Tagesordnungspunkt: 2.1. Leitlinien für eine zukunftsfähige Haushaltspolitik in der Landeshauptstadt Dresden

## Antragstext

### 1 Ausgangslage

2 Die Bekämpfung der Corona-Pandemie führt zu einschneidenden Veränderungen in den  
3 Öffentlichen Haushalten. Unerwartete Mehrausgaben und einschneidende  
4 Verminderungen der Einnahmen werfen aktuelle Haushaltspläne inkl.  
5 mittelfristiger Finanzplanungen über den Haufen. Bund und Länder sowie die  
6 Europäische Union haben sehr entschlossen auf diese veränderten Bedingungen mit  
7 gigantischen Hilfsprogrammen reagiert und wollen mit üppigen kreditfinanzierten  
8 Konjunkturprogrammen der Krise begegnen.

9 Die kommunalen Finanzen rücken bei diesen Überlegungen gerade jetzt in den  
10 Fokus, schließlich sind kommunale Investitionen und die Sicherung der sozialen,  
11 kulturellen und urbanen Infrastruktur zentrale Herausforderungen der aktuellen  
12 Krise.

13 Nach der aktuellsten Schätzung der Kämmerei ergeben sich folgende  
14 Mindereinnahmen (gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung 2019):

15 Gewerbesteuer 2020-23 ca. 240 Mio €

16 Einkommenssteuer 2020-23 ca. 93 Mio €

17 Allg. Schlüsselzuweisungen 2020-23 ca. 105 Mio €

18 Invest. Schlüsselzuweisungen 2020-23 ca. 17 Mio €

19 Insges. Mindereinnahmen 2020-23 ca. 455 Mio €

20 Hinzu kommen erhebliche Mindereinnahmen allein für 2020 (z.B.  
21 Beherbergungssteuer, Parkraumbewirtschaftung, Eintrittserlöse) und Mehrausgaben  
22 (z.B. Städt. Klinikum, KdU, Soforthilfen, Testungen, Personalkosten) in Höhe von  
23 mindestens 57 Mio €.

24 Darüber hinaus sind die Auswirkungen für die Städtischen Unternehmen (vor allem  
25 jene, die im Querverbund unter dem Dach der TWD wirken) noch nicht final  
26 absehbar.

27 Trotz des beschlossenen Schutzschirms des Freistaates und umfangreicher  
28 Maßnahmen des Bundes, mit denen die Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer und  
29 die erwarteten Mehrausgaben bei den Kosten der Unterkunft kompensiert werden  
30 sollen, entstehen Finanzierungslücken, die vor allem ab dem Jahr 2021 neue  
31 Haushaltsstrategien erfordern. Unter Einbeziehung aller bekannten Maßnahmen des  
32 Bundes und des Freistaates ist mit einem Finanzierungsdefizit bis 2023 von ca.  
33 300 Mio € zu rechnen.

34 Der Freistaat hat anerkannt, dass die Einnahmelücken und Ausgabensteigerungen  
35 nicht mit den geltenden haushausrechtlichen Instrumenten und Regulierungen zu

36 lösen sind und hat deshalb für die Kommunen die Möglichkeiten der Finanzierung,  
37 auch über höhere Kassenkredite, erweitert.

38 Für eine nachhaltige Haushaltspolitik in Dresden

39 Die Finanzierungslücken sollen nach dem Willen des Oberbürgermeisters  
40 größtenteils durch Sparmaßnahmen in den nächsten Haushalten und durch weitere  
41 Hilfen von Bund und Land kompensiert werden. Demnach sollen alleine im nächsten  
42 Doppelhaushalt 2021/22 jährlich über 100 Mio € Einsparungen realisiert werden.  
43 Nach gegenwärtigem Stand will die LHD am stickten Verbot der Hauptsatzung einer  
44 Nettokreditaufnahme festhalten.

45 Bündnis 90 / Die Grünen vertreten haushaltspolitisch einen klaren,  
46 verantwortungsvollen und nachhaltigen Kurs. Für eine langfristige Entwicklung  
47 Dresdens ist es schädlich, die Wirtschaftskrise durch pauschale  
48 Ausgabenkürzungen und Verschiebungen von Investitionen zu verschärfen. Dadurch  
49 werden gewachsene Strukturen zerstört und ein wirtschaftlicher und sozialer  
50 Abwärtssog befördert. Dresdens Anziehungskraft für Unternehmen, Fachkräfte und  
51 Tourist\*innen basiert auch auf einer guten Bildungsstruktur, einer vielfältigen  
52 Kulturlandschaft und nicht zuletzt eines hohen Freizeitwertes für  
53 Einwohner\*innen und Gäste. Wir können es uns nicht leisten, diese  
54 Standortvorteile durch die Pandemie zu gefährden.

55 Gerade in der Krise muss die öffentliche Hand verlässlich und weitblickend  
56 agieren und dabei sowohl die Daseinsvorsorge der Bürger\*innen in den Fokus  
57 nehmen als auch die enormen Herausforderungen durch Zukunftsinvestitionen  
58 sicherstellen. Gefahren wie der Klimawandel sind für die Stadtkasse größer als  
59 die jetzigen der Corona-Pandemie. Insbesondere Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Einsparung und  
60 zur Klimawandelanpassung sind zur Schadensvermeidung essentiell und dulden  
61 keinen Aufschub.

62 Davon unbenommen sind eine sparsame Haushaltsführung und Priorisierungen bei den  
63 Ausgabenentscheidungen unvermeidlich. Nicht alle geplanten Vorhaben werden sich  
64 in den ursprünglich vorgesehenen Zeitrahmen realisieren lassen.

65 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden der enormen Herausforderung durch die Coronakrise  
66 mit folgenden Grundsätzen begegnen.

67 1. Wir lehnen Sparhaushalte mit pauschalen Leistungseinschränkungen für die  
68 Bürger\*innen und zu Lasten von notwendigen Investitionen in Bildung,

- 69 Klimaschutz etc. ab, ohne die Notwendigkeit zu verkennen, dass Prioritäten  
70 neu verhandelt werden müssen.
- 71 2. Die bisherige Förderpraxis bei kulturellen, sozialen und Stadtteilaufgaben  
72 muss weitestgehend beibehalten werden. Kommunale Infrastruktur - auch bei  
73 Freien Trägern - muss auf dem bestehenden Niveau gesichert werden.
- 74 3. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung darf nicht durch  
75 einschneidende Kürzungen bei den Personalausgaben gefährdet werden.
- 76 4. Besonders von der Corona-Pandemie betroffenen Branchen (Tourismus,  
77 Veranstaltungen, Gastronomie, Freizeit) muss mit einem Sicherungskonzept  
78 auch kommunal geholfen werden.
- 79 5. Beschlossene Investitionen dürfen nicht alleine aus Finanzierungsgründen  
80 in die Zukunft verschoben und notwendige Klimaschutzmaßnahmen, z.B. durch  
81 Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur müssen vorgezogen werden.
- 82 6. Transparenz und Haushaltswahrheit müssen durch ein aktives und zeitnahes  
83 Monitoring der tatsächlichen Finanzsituation unter aktiver Einbindung des  
84 Stadtrates sicher gestellt werden. Deshalb sind bis auf weiteres auch  
85 Jahreshaushaltssatzungen aufzustellen.
- 86 7. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Haushaltssperren als ein Mittel der alleine  
87 durch die Verwaltung vorgenommenen Haushaltsbewirtschaftung ab.
- 88 8. Die Coronakrise und ihre mittelfristigen Finanzierungsauswirkungen lassen  
89 sich nicht im Rahmen der konventionellen Haushaltspolitik Dresdens mit dem  
90 Verbot einer Nettokreditaufnahme lösen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich  
91 deshalb für die Bildung eines Corona-Sondervermögens ein, mit dem  
92 kapitalmarktfinanziert die Auswirkungen der Krise in den nächsten fünf  
93 Jahren abgedeckt werden und eine flexible Rückführung der Mittel  
94 ermöglicht wird. Dieses Ziel ließe sich auch mit der Beteiligung Dresdens  
95 an einer auf Landesebene einzurichtenden „Landeskasse“ erreichen.
- 96 9. Die Investitionsfähigkeit städtischer Unternehmen muss gesichert bleiben  
97 und die Finanzierung des ÖPNV und der Bädergesellschaft durch den  
98 städtischen Querverbund der TWD strategisch neu ausgerichtet werden. Das  
99 kann u.a. durch die Öffnung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds für  
100 kommunale Unternehmen, die Öffnung des KfW-Darlehen-Sonderprogramms für  
101 kommunale Unternehmen und die Begünstigung von Investitionen hin zur  
102 Brutto-Klimaneutralität der kommunalen Unternehmen erreicht werden.